

**Antrag einer kommunalen Gebietskörperschaft
auf Gewährung einer Finanzhilfe zur Beseitigung von durch die Naturkatastrophe verursachten
Schäden gemäß Nr. 1.1 VV Wiederaufbau RLP 2021**

- Kreisverwaltung Ahrweiler
- Kreisverwaltung Cochem-Zell
- Kreisverwaltung Mayen-Koblenz
- Kreisverwaltung Vulkaneifel

- Kreisverwaltung Bernkastel-Wittlich
- Kreisverwaltung Eifelkreis Bitburg-Prüm
- Kreisverwaltung Trier-Saarburg
- kreisfreie Stadt Trier

auf dem Dienstweg an die:

**Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion
Postfach 1320
54203 Trier**

(Antrags- oder Bewilligungsbehörde)

Antragsteller

Name (ggf. mit Angabe der Verbandsgemeinde)	
Anschrift (Straße, Hausnummer, PLZ, Ort)	
Bankverbindung (IBAN, BIC, Geldinstitut)	
Auskunft erteilt	Telefon/E-Mail

Maßnahme und Begründung

möglichst kurze, aber eindeutige Beschreibung der Maßnahme und Erläuterung der Notwendigkeit.

- Es handelt sich um eine Maßnahme der Wiederherstellung / ein Ersatzvorhaben im Sinne der VV unter Einhaltung von heutigen baulichen und technischen Normen im nachfolgenden Bereich (VV Nr. 5.1.2). Eine Erweiterung ist nicht Antragsgegenstand.
 - a) Städtebauliche Infrastruktur
 - b) Soziale Infrastruktur
 - c) Verkehrliche Infrastruktur
 - d) *entfällt hier*
 - e) *entfällt hier*
 - f) Ländliche Wege
 - g) Sonstige ländliche Infrastruktur
 - h) Kultureinrichtungen in öffentlicher oder gemeinnütziger Trägerschaft
 - i) Schadensbeseitigung an Archiven privater Vereine, Stiftungen und gemeinnütziger Einrichtungen
 - j) Sonstiges

Gesamtkosten

Gesamtkosten der Maßnahme lt. beiliegender Kostengliederung	EUR
davon zuwendungsfähige Kosten	EUR
beantragte Finanzhilfe	EUR

Finanzierung

Gesamtkosten	EUR
Gesamtfinanzierung (Finanzierungsmittel)	EUR
a) Beiträge, Ausgleichsbeiträge	EUR
b) Zuwendungen Dritter / Soforthilfen	
EU	EUR
Bund	EUR
Land	EUR
Landkreis	EUR
Verbandsgemeinde	EUR
Ortsgemeinde	EUR
c) vorhandene Eigenmittel	EUR
d) Eigenleistungen	EUR
e) Kredite	EUR
f) Sonstige Finanzierungsmittel / Spenden	EUR
g) Versicherungsleistungen / Elementarschadensversicherung	EUR
Ungedeckt (beantragte Zuwendung)	EUR

Fälligkeit der Kosten

Von den Gesamtkosten fallen voraussichtlich an:		
Zeitraum	EUR	davon zuwendungsfähig
im Haushaltsjahr 20	EUR	EUR
im Haushaltsfolgejahr 20	EUR	EUR
im 2. Haushaltsfolgejahr 20	EUR	EUR
im 3. Haushaltsfolgejahr 20 und folgende	EUR	EUR

A Allgemeine Angaben des Antragstellers

- Schadenskausalität und Notwendigkeit der Wiederherstellung/Entsorgung wird bestätigt (VV Nr. 5.3.1 a)
- mit der Maßnahme wurde bereits begonnen noch nicht begonnen
- bereits Zuwendungen / Soforthilfen für den selben Schaden in Höhe von EUR erhalten (VV Nr. 8.2)
- Berechtigung zum Vorsteuerabzug liegt vor (VV Nr. 8.5)
- es wurden zusätzliche Fördermittel aus anderen Förderprogrammen beantragt (VV Nr. 8.10);
wenn ja, in welchem
und in welcher Höhe EUR
- nicht-kommunale Träger: Angabe der Steuer(identifikations)nummer (VV Nr. 5.2 i.V.m. 9.3):
- nicht-kommunale Träger: Der Antragsteller befreit die Finanz- und Bewilligungsbehörden von der Verpflichtung zur Wahrung des Steuergeheimnisses gegenüber Bewilligungs- und Strafverfolgungsbehörden, soweit Daten des Antragstellers zu verifizieren sind, die für die dortigen Verfahren im Zusammenhang mit der Gewährung von Billigkeitsleistungen des Landes Rheinland-Pfalz zur Beseitigung von Schäden an öffentlicher und privater Infrastruktur sowie zum Wiederaufbau anlässlich der Starkregen- und Hochwasserkatastrophe im Juli 2021 von Bedeutung sind oder waren (§ 30 Abs. 4 Nr. 3 AO). Der Antragsteller stimmt der Weitergabe von Daten durch die Bewilligungsstellen an die Finanzbehörden zu, soweit diese Daten für die Besteuerung relevant sind (§ 93 AO). Für Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des öffentl. Rechts gilt dies nur, soweit die Aufbauhilfe für Betriebe gewerblicher Art beantragt wird. (VV Nr. 9.3)
- Die Strafbarkeit eines Subventionsbetrugs nach § 264 StGB ist bekannt. Es wurde Kenntnis davon genommen, dass die hier gemachten Angaben subventionserhebliche Tatsachen im Sinne von § 264 StGB sind (VV Nr. 9.4)
- es handelt sich um eine interkommunale Kooperation (VV Nr. 9.8)

B Zusätzliche Angaben des Antragstellers bei Baumaßnahmen

- nicht-kommunale Träger: eine wasserrechtliche Genehmigung ist erforderlich und beigelegt bzw. wird bis zum nachgereicht (VV Nr. 5.3.1 b cc))

- nicht-kommunale Träger: Erklärung des Antragsstellers zur Notwendigkeit der für das Vorhaben erforderlichen öffentlich-rechtl. Genehmigungen oder Verfahren ist beigelegt;
Die notwendigen öffentlich-rechtlichen Erlaubnisse und Genehmigungen sind beigelegt bzw. werden bis zum nachgereicht (VV Nr. 5.3.1 b)

- Einrichtungen der Kindertagesbetreuung: im Bedarfsplan nach § 19 KiTaG aufgenommen (VV Nr. 5.3.2 a)

- es handelt sich um einen Neubau, eine wesentliche Änderung der Gebäudestruktur oder um eine Tiefbaumaßnahme an anderer Stelle für die Alternativen ernsthaft in Betracht kommen: Es ist eine nachvollziehbare Vergleichsberechnung verschiedener Alternativen als Anlage beizufügen (VV Nr. 9.10)

Darstellung wodurch die dem Antrag zugrundeliegenden Schäden durch die Naturkatastrophe am 14. und 15. Juli 2021 hervorgerufen wurden (VV Nr. 1.2)

(Bitte beschreiben Sie dabei insbesondere auch die entstandenen Schäden ggf. anhand von Fotos, Schadensgutachten oder ähnliches in gesonderter Anlage)

Notwendigkeit der Wiederherstellung

(Bitte beschreiben Sie dabei insbesondere den Bedarf sowie die bedarfsauslösenden Gründe des baulichen Umfangs)

Bestätigungen durch einen Sachverständigen

(Ingenieur, Architekt, bauvorlageberechtigte Person)

- Es wird bestätigt, dass der Umfang und Funktion der wiederherzustellenden Infrastruktur mit der schadensbetroffenen Infrastruktur vergleichbar ist / gleiche oder gleichwertige Konstruktion unter Einhaltung von baulichen und technischen Normen (VV Nr. 5.4.4 a).
- Es wird bestätigt, dass eine Entwurfsplanung (LPH 3 HOAI) sowie eine Kostenberechnung nach DIN 276 erstellt wurden; die ermittelten Kosten sind angemessen und liegen im marktüblichen Rahmen.

(Ort, Datum)

(Unterschrift + Stempel Sachverständiger)

Bei Hochbaumaßnahmen von Neubauten oder wesentlichen Änderungen an Bestandsgebäuden (VV Nr. 9.12),

- für die eine Zuwendung von über 2 Mio. € bis 6 Mio. € beantragt wird:
- Darstellung des Bedarfs
 - Begründung des Bau- und Raumprogramms

liegen dem Antrag als Anlage bei.

- für die eine Zuwendung von über 6 Mio. € beantragt wird:

Folgende Unterlagen:

- Darstellung des Bedarfs und Begründung des Bau- und Raumprogramms
- Übersichts- und Ortsplan mit Einzeichnung des Projektes,
- amtlicher Lageplan (Maßstab 1:1000)
- Bauzeichnungen mit Maßangaben (Maßstab 1:100)
- Erläuterungsbericht und Baubeschreibung mit Fotodokumentation
- Kostenberechnung nach DIN 276; bei Bestandsgebäuden mit Einzelkosten- und Mengenansätzen,
- Berechnung des sog. umbauten Raumes und der Fläche nach DIN 277 mit Angaben zur Bruttogrundfläche (BGF) sowie dem Bruttorauminhalt (BRI)

liegen dem Antrag als Anlage bei.

(Ort, Datum)

(Unterschrift Antragsteller)

Zusätzliche Angaben der Kreisverwaltung

- Die Maßnahme ist Gegenstand des bestätigten Maßnahmenplans des Landkreises vom
Maßnahmenkennung / Maßnahmennummer -
- Die Maßnahme ist nicht Gegenstand des bestätigten Maßnahmenplans des Landkreises; die Aufnahme ist im Rahmen der nächsten Fortschreibung vorgesehen; eine Prüfung auf Schlüssigkeit und Plausibilität wurde vorgenommen.

(Ort, Datum)

(Unterschrift Kreisverwaltung)